

Verteidigt Europa: Geht voran!

STAND:
Januar 2016

Axel Schäfer MdB

Stellvertretender Vorsitzender SPD-Bundestagsfraktion

Ausgangslage

Wo stehen wir?

Die EU steht vor den wahrscheinlich größten Herausforderungen in ihrer Geschichte - einer Zerreißprobe:

- Einerseits muss sie ihre Handlungsfähigkeit verbessern, um anstehende existentielle Probleme zu lösen.
- Andererseits muss sie ihren Zusammenhalt sichern: Gegen wachsenden Nationalismus – von Separatismus über Populismus bis Rechtsextremismus.

Wie nie zuvor seit ihrer Gründung im Jahre 1951 sieht sich die heute aus 28 Mitgliedsländern bestehende Gemeinschaft mit einer derart komplexen Krisenlage konfrontiert, die nach Lösungen ruft.

Außerhalb:

- Höchste Flüchtlingszahl seit dem Ende des II. Weltkriegs,
- Ukraine-Russland-Konflikt und
- Bedrohung durch radikalen Islamismus.

Innerhalb:

- offensichtliche Konstruktionsmängel der Wirtschafts- und Währungsunion,

- Fehlendes Wachstum und hohe Arbeitslosigkeit in einzelnen Ländern der Eurozone sowie
- Gefahr eines BREXIT, des EU-Austritts von Großbritannien.

Diese Ereignisse tragen alle ein gefährliches Potential in sich, welches unser europäisches Einigungswerk in seinen Grundpfeilern zu erschüttern droht und gleichzeitig die Zustimmung der Bevölkerung in den Mitgliedstaaten zu Europa gefährden könnte. Die EU muss wieder eine positive Dynamik entwickeln, um die Menschen für die europäische Idee zu begeistern.

Die Frage lautet deshalb: Gibt es politisch noch „den festen Willen, die Grundlage für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen“ (Präambel AEUV), also eine supranationale Gemeinschaft mit dem Charakter eines Bundesstaates? Oder wird sich ein Kern von Mitgliedsländern herausbilden? Oder könnte die EU sogar als loser Staatenbund neuer Prägung in alte Denkstrukturen des frühen 20. Jahrhunderts zurückfallen?

Die SPD ist gefordert, Antworten zu geben: als deutsche Europapartei mit internationalem Selbstverständnis.

Vorschläge für ein gemeinsames europäisches Handeln

1. Flüchtlingen gerecht werden

Dies ist die gewaltigste Aufgabe, vor der wir seit dem Epochenwandel 1989 stehen. Große Probleme erfordern große Lösungen: Europäisch abgestimmt und solidarisch zwischen den Mitgliedstaaten. Der aktuelle politische Streit in der EU muss ausgetragen und ausgehalten werden. Die außergewöhnliche Hilfsbereitschaft vieler Menschen darf nicht durch einseitige Lastenverteilung auf einige wenige Länder gefährdet werden.

2. Euro-Zone vertiefen: Kammer, Kommissar, Budget

Die zentrale Rolle der Währungsunion erfordert:

- eine Euro-Kammer innerhalb des EP,
- einen Euro-Kommissar mit „Doppelhut“, analog des Außenbeauftragten und
- eine Fiskalkapazität, die ein Ausgangspunkt für ein Euro-Budget wäre,

als institutionelle Konsequenzen.

3. Bestehende Verträge ausschöpfen – mit der Wirtschaftsregierung beginnen

Das Euro-Kapitel im AEUV enthält mehr Optionen, als dies bisher an- und wahrgenommen wurde, vor allem „im Hinblick auf das reibungslose Funktionieren der WWU“. Darüber hinaus könnte mit der Reform des Europäischen Semesters eine verbindlichere Koordinierung der Wirtschaftspolitik als Ausgangspunkt für eine europäische Wirtschaftsregierung erfolgen. Beschäftigung und Soziales müssen viel mehr im Fokus stehen, z.B. durch EU-weite Mindestlohnkorridore und grundlegende soziale Standards.

4. Europäischen Währungsfonds schaffen

Wie vorgesehen muss der Fiskalpakt in den bestehenden EU-Vertrag integriert werden (bis 2017). Dasselbe sollte auch für den ESM gelten, der dabei in einen europäischen Währungsfonds (EWF) umgewandelt werden könnte. Nur ein solches eigenes Organ würde dem Selbstverständnis der Union als Gemeinschaft entsprechen.

5. Arbeitslosigkeit bekämpfen und Investitionen fördern

Viele krisengeschüttelte Mitgliedstaaten sind weiterhin durch hohe Arbeitslosigkeit (insbesondere unter Jugendlichen) und niedrige Wachstumsraten gekennzeichnet. Die neue Europäische Kommission hat mit dem sog. „Juncker-Plan“ eine europäische Antwort auf die Investitionsschwäche gegeben. Die EU-Länder sind nun gefordert, diesen Impuls mit nationalen Politiken zu unterstützen und zu verstetigen, um langfristig die notwendigen finanziellen Mittel für Infrastruktur, Innovation und Forschung bereitzustellen.

6. BREXIT verhindern

Großbritannien muss Mitglied der EU bleiben. Wir werden in Verhandlungen die Prinzipien der Union wahren und dem Vereinigten Königreich in Einzelfragen entgegenkommen (müssen). Anzustreben ist eine Win-Win-Situation – ob das möglich ist, weiß zur Zeit niemand.



Auf dem Weg zu den nächsten Europawahlen

7. Parlamente vernetzen

Zur besseren Abstimmung der parlamentarischen Ebenen sollten das Europäische Parlament und die Volksvertretungen der Mitgliedstaaten jährlich eine gemeinsame Tagungswoche durchführen. Diese Form eines „EU-Gipfels der Parlamente“ würde zugleich eine neue Qualität repräsentativer Demokratie schaffen.

Die Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages mit dem EP und unsere Beziehungen zu den Volksvertretungen anderer Länder wollen wir intensivieren.

8. Erfolge sichern – SPE stärken

Die heute erreichten demokratischen Fortschritte sind die Basis der weiteren Parlamentarisierung der EU: Zur Europawahl 2019 müssen deshalb die Parteifamilien wieder mit Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten antreten.

Ein Erfolg wird der europäischen Sozialdemokratie nur gelingen, wenn wir die Bedeutung der SPE in der politischen Alltagsarbeit und die bilaterale wie gemeinschaftliche Aktionsfähigkeit kontinuierlich stärken.

9. Konvent vorbereiten

Über grundlegende Veränderungen sollte bei der Europawahl 2019 entschieden werden. Nur dort können alle Bürger über die Programme der Parteien abstimmen: für oder gegen ein gemeinsames Europa. Da bis Ende 2017 in den meisten EU-Staaten die Parlamentswahlen stattgefunden haben, könnte ab diesem Zeitpunkt ein Konvent einberufen werden. Dieser setzt sich aus Abgeordneten der Mitgliedsländer und des EP sowie Vertretern der Kommission und der nationalen Regierungen zusammen. Seine zukunftsweisenden Reformvorschläge könnten im Jahre 2018 beraten und beschlossen werden. Eine Ratifizierung würde dann nach der Europawahl im Jahr 2019 erfolgen.

Die dargestellten 9 Vorschläge werfen einige grundlegende **Fragen** auf, die auf den
▶ **Seiten 4 bis 5** verdeutlicht werden.

Eine **ausführliche Erläuterung** dieser Vorschläge folgt auf den ▶ **Seiten 6 bis 10**.

In den **Anlagen** werden die politischen Machtverhältnisse dokumentiert
▶ **ab Seite 11**.



Fragestellung

■ Was wollen wir: Europa! Oder Europa?

Die Frage lautet „Europa unter allen Umständen“ (what ever it takes) oder „Europa unter Vorbehalt“. Wird die deutsche Politik noch geleitet von der Präambel des Grundgesetzes „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“ und dem Staatsziel „Vereintes Europa“ in Art. 23 Grundgesetz? Hält der Verfassungsbogen von Konrad Adenauer („Europa: Traum - Hoffnung - Notwendigkeit“) über Willy Brandt („Für die Deutschen in ihrer Gesamtheit gibt es keine Zukunft ohne ein europäisches Haus“) bis Joschka Fischer („Vereinigte Staaten von Europa“)? Werden wir unserem eigenen Anspruch als Sozialdemokraten „Wir wollen mehr europäische Demokratie wagen“ (Hamburger Programm 2007) gerecht? Oder heißt „Europa unter Vorbehalt“ (BVerfG) doch nichts anderes als „deutsche Führungsverantwortung“ in friedlicher Hegemonie, Berliner Taktgebung im Orchester der Staats- und Regierungschefs?

„Zu beschreiben, was sein sollte, ist leicht. Es kommt aber darauf an, zu beschreiben, was sein kann.“

Jean Monnet

über mehrere politische Generationen hinweg immer stärker durch eine fortschreitende Integration (Gemeinschaftsmethode) bestimmt worden. Seit Beginn der Anti-Krisenmaßnahmen 2010 ist Kooperation, also das intergouvernementale Element mit permanenten Gipfeltreffen, in den Vordergrund getreten (Unionsmethode à la Merkel). Der daraus resultierende Konflikt wurde glücklicherweise durch typisch europäische Kompromisse überdeckt und überbrückt (bspw. unterliegenden Two-Pack und Six-Pack dem Gemeinschaftsrecht, Euro-Plus-Pakt und Fiskalvertrag sind hingegen zwischenstaatlich vereinbart).

Seit der Europawahl vom 25. Mai 2014 stellt sich die

Machfrage aber neu: der jetzige Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat als Spitzenkandidat der siegreichen EVP eine andere demokratische Legitimation als alle seine Vorgänger, die allein Kandidaten der Staats- und Regierungschefs waren. Das parlamentarische Verständnis, die EU-Kommission als „Europäische Regierung im Werden“ zu betrachten, hat sich bei Christdemokraten, Sozialdemokraten, Liberalen, Grünen sowie der Linken vom Sturz des Präsidenten Jaques Santer 1999 bis heute gefestigt.

■ Wer wird gestärkt: Parlamente oder Regierungen?

Das Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon 2009 sollte den vorläufigen Abschluss eines Reformprozesses zur Vertiefung und Erweiterung durch Änderungen von Regeln und Aufnahme neuer Mitgliedstaaten bilden. Dieses Datum fällt zugleich auf den Beginn der schwersten europäischen Krise seit einem halben Jahrhundert. Das institutionelle Gefüge ist bis zu diesem Zeitpunkt

Alle Diskussionen müssen sich jetzt darauf fokussieren, ob wir die Gemeinschaftsinstitutionen künftig stärken oder schwächen wollen. Mit anderen Worten: Werden die Konzepte der „Fünf Präsidenten“ (Die Wirtschafts- und Währungsunion Europas vollenden, vorgelegt im Juni 2015) und die gemeinsamen Vorschläge Gabriel / Macron eher Realität als die Positionen von Schäuble und Cameron?



■ Was steht an: Beschlüsse, Gesetze, Verträge?

Die wichtigsten europäischen Fortschritte wurden immer auch in Primärrecht gegossen, d.h. durch Vertragsänderungen verabschiedet und ratifiziert. Dabei gilt es zu unterscheiden:

- Umfangreiche Reformen bedürfen eines Konvents. Voraussetzung dafür ist ein Mehrheitsbeschluss im Europäischen Rat.
- Nur einzelne Bestimmungen können „leichter“ geändert werden, wie zuletzt geschehen bei Art. 136 AEUV zum ESM im Jahr 2013.

Folgende Fragen müssen beantwortet werden: Was ist auf der Basis der heutigen Verfasstheit durch Richtlinien und Verordnungen möglich (z.B. Bankenunion), was erfordert eine verstärkte Zusammenarbeit (z.B. Finanztransaktionssteuer), was erzwingt geänderte vertragliche Regelungen (z.B. neue Institutionen)? Ausschließliche EU-Kompetenz gibt es nur bei Handel, Währung, Wettbewerb, Zöllen und Meeresschätzen. Das meiste ist eine geteilte Gesetzgebungskompetenz zwischen EU und Mitgliedstaaten.

Zur Information:

Vertragsänderungen würden von heute an mehr als zwei Jahre dauern und sie bedürfen der Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten, d.h. Ratifizierung durch 28 Regierungen und in mehr als 40 parlamentarischen Verfahren.

■ Wann muss entschieden werden: sofort oder bis 2019?

Einige Daten sind vorgegeben: der Midterm-Review bzw. Überprüfung des mehrjährigen EU-Finanzrahmens 2016 und der späteste Zeitpunkt für das „in-out“-Referendum in Großbritannien Ende 2017. Bis 2018 werden in allen 28 nationalen Parlamenten Wahlen abgehalten (insbesondere in Frankreich und Deutschland). Schließlich findet 2019 die nächste Direktwahl des Europäischen Parlaments statt.

**„Von Europa weiß offenbar
niemand Genaueres“**

Herodot
griechischer Geschichtsschreiber
500 v. Chr.

**„Die SPD muss
europäischer werden“**

Sigmar Gabriel
deutscher Parteivorsitzender
2010 n. Chr.



Vorschläge für gemeinsames europäisches Handeln

Erläuterungen

1. Flüchtlingen gerecht werden

Das ist die gewaltigste Aufgabe, vor der wir seit dem Epochenwandel 1989 stehen. Große Probleme erfordern große Lösungen: Europäisch abgestimmt und solidarisch zwischen den Mitgliedstaaten. Der aktuelle politische Streit bei in der EU muss ausgetragen und ausgehalten werden. Die große Hilfsbereitschaft und Akzeptanz darf nicht durch einseitige Lastenverteilung auf einige wenige Staaten gefährdet werden.

Bei der Aufnahme von Flüchtlinge müssen in der gesamten EU menschenwürdige Bedingungen geschaffen werden. Deshalb brauchen wir endlich EU-weite Standards und eine weitere Vertiefung der europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Dazu zählt auch ein einheitliches Registrierungs- und Grenzmanagement. Die Kapazitäten für die akute Seenotrettung müssen langfristig gewährleistet werden und die EU dafür entsprechend finanziell ausgestattet werden.

Eine faire Verteilung der Flüchtlinge in Europa ist wichtig, um die große Hilfsbereitschaft und Solidarität zu erhalten. Eine einseitige Lastenverteilung auf einige wenige Staaten, die Verantwortung übernehmen oder an den Außengrenzen der EU liegen, ist nicht länger tragbar. Der Kommissionsvorschlag, der nach objektiven Kriterien Aufnahmequoten auf die einzelnen Mitgliedsländer aufteilt, stellt einen guten Ausgangspunkt für eine Reform von Dublin II dar.

Grundlagen sind die Beschlüsse des SPD-Parteivorstands vom 31.08.2015 und der SPD-Bundestagsfraktion vom 02.09.2015.

2. Euro-Zone vertiefen: Kammer, Kommissar, Budget

Die zentrale Rolle der Währungsunion erfordert:

- eine Euro-Kammer innerhalb des EP,
- einen Euro-Kommissar mit „Doppelhut“, analog des Außenbeauftragten und
- eine Fiskalkapazität, die ein Ausgangspunkt für ein Euro-Budget wäre,

als institutionelle Konsequenzen.

Die Einheitlichkeit der Gemeinschaftsinstitutionen, vor allem des Europäischen Parlaments, der Kommission und des EuGH war bisher ein tragendes Prinzip im Integrationsprozess. Angesichts des Demokratiedefizits bei vergangenen Entscheidungen der Eurogruppe und der besonderen Bedeutung der Eurozone, der heute 19 von 28 Mitgliedstaaten angehören und in Zukunft bis zu 25, könnte das EP eine „Euro-Kammer“ einrichten.

Aufgabe einer solchen Kammer wäre die parlamentarische Kontrolle und Begleitung der Entscheidungen der Eurogruppe sowie eines möglichen neuen „Euro-Kommissars“ samt „Eurozonen-Budgets“ (Fiskalkapazität). Die bisherigen Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages blieben erhalten.

Die ebenfalls zur Diskussion stehende Alternative eines „Eurozonen-Parlaments“ würde zu einer falschen Wegweisung in doppelter Hinsicht führen: Zum einen in Richtung Renationalisierung, weil dieses Gremium in der Mehrheit aus Abgeordneten der Mitgliedstaaten bestünde. Zum anderen hin zu einer institutionellen Zersplitterung, wo selbst Politiker nicht immer den Durchblick hätten



und die Wählerschaft sich verwirrt abwenden würde. Darüber hinaus würde die ständig wechselnde Zusammensetzung eines „Eurozonen-Parlaments“ durch fortlaufende Wahlen der nationalen Parlamente eine kontinuierliche parlamentarische Arbeit erheblich erschweren.

Eine enger zusammenwachsende Eurozone erfordert neue Steuerungsmechanismen und demokratische Legitimation. Die Schaffung eines neuen Exekutivorgans für den Währungsraum in Form eines „Euro-Kommissars“ wäre ein erster Schritt. Dieser sollte sowohl der EU-Kommission angehören als auch hauptamtlich der Eurogruppe vorstehen. Die demokratische Kontrolle erfolgt durch die „Euro-Kammer“ im Europäischen Parlament.

Eine der Hauptaufgaben des „Euro-Kommissars“ könnte die Verwaltung einer neu zu schaffenden „Fiskalkapazität“ der Eurozone sein. Ein eigener Eurozonen-Haushalt würde die Funktionsfähigkeit der Eurozone verbessern und den Konvergenzprozess der Mitgliedstaaten fördern. Ein Budget für den Euro-Raum sollte daher zwei Hauptfunktionen haben: einerseits analog zum Juncker-Plan konkrete Investitionstätigkeit für Wachstum, Beschäftigung und Innovation ermöglichen, andererseits durch Abfederung von asymmetrischen konjunkturellen Schocks (als möglicher Mechanismus käme eine Rückversicherung für kurzfristige, d.h. konjunkturelle Arbeitslosigkeit in Betracht) die Stabilität der Währungsunion erhöhen. Die im nationalen politischen Umfeld wirkenden automatischen Stabilisatoren könnten so in begrenztem Umfang auf den gemeinsamen Währungsraum übertragen werden und den Konjunkturverlauf glätten.

Zur Finanzierung des Eurozonen-Budgets könnten die Einnahmen aus einer europäischen Finanztransaktionssteuer und ein kleiner Anteil einer harmonisierten Körperschaftssteuer herangezogen werden.

3. Bestehende Verträge ausschöpfen – mit der Wirtschaftsregierung beginnen

Das Euro-Kapitel im AEUV enthält mehr Optionen, als dies bisher an- und wahrgenommen wurde, vor allem „im Hinblick auf das reibungslose Funktionieren der WWU“. Darüber hinaus könnte mit der Reform des Europäischen Semesters eine verbindlichere Koordinierung der Wirtschaftspolitik als Ausgangspunkt für eine europäische Wirtschaftsregierung erfolgen. Beschäftigung und Soziales müssen viel mehr im Fokus stehen, z.B. durch EU-weite Mindestlohnkorridore und grundlegende soziale Standards.

Artikel 136 AEUV sieht für die Eurozone vor,

- die Koordinierung und Überwachung der Haushaltsdisziplin zu verstärken,
- Grundzüge der Wirtschaftspolitik auszuarbeiten und ihre Einhaltung zu überwachen,
- gemeinsame Standpunkte einzunehmen bei internationalen Einrichtungen und Konferenzen in besonders bedeutenden Fragen der WWU sowie gleichfalls
- eine einheitliche Vertretung im Finanzbereich sicherzustellen.

Die einheitliche Bankenaufsicht (SSM) und der einheitliche Bankenabwicklungsmechanismus (SRM) konnten im Rahmen der Errichtung einer Bankenunion auf Basis des Artikels 114 AEUV weitestgehend gemeinschaftsrechtlich umgesetzt werden. Weitere Maßnahmen, wie die Reform des Europäischen Semesters sowie eine engere und verbindlichere Koordinierung der Wirtschaftspolitik ließen sich im bestehenden Vertragswerk (z.B. Artikel 136 AEUV) realisieren.



4. Europäischen Währungsfonds schaffen

Wie vorgesehen muss der Fiskalpakt in den bestehenden EU-Vertrag integriert werden (bis 2017). Dasselbe sollte auch für den ESM gelten, der dabei in einen europäischen Währungsfonds (EWF) umgewandelt werden könnte. Nur ein solches eigenes Organ würde dem Selbstverständnis der Union als Gemeinschaft entsprechen.

Die Rechtsetzung in der Krise seit 2010 erfolgte zum großen Teil intergouvernemental (Unionsmethode à la Merkel). Für den Fiskalvertrag gibt es bereits eine Regelung zur Überleitung in das Gemeinschaftsrecht bis 2017 (Art. 16 Fiskalvertrag). Gleiches sollte auch für den ESM gelten.

Im Zuge der Überführung in das Gemeinschaftsrecht der EU sollte der ESM in einen europäischen Währungsfonds (EWF) umgewandelt werden. Dieser stünde den Euroländern als alleinige Institution bei Zahlungsschwierigkeiten zur Verfügung und würde der demokratischen Kontrolle einer neu zu schaffenden „Euro-Kammer“ im EP unterliegen. Hauptaufgabe des EWF wäre die Gewährleistung der Stabilität der Währungsunion und die Erarbeitung von Anpassungs- und Stabilitätsprogrammen gemeinsam mit dem antragstellenden Land und den EU-Institutionen. Die Kreditaufnahmefähigkeit des Fonds zu günstigen Konditionen und die damit verbundenen Ausgabe niedrig verzinsten langfristiger Darlehen wird durch die Übernahme des eingezahlten ESM-Stammkapitals und ein daraus resultierendes AAA-Rating sichergestellt.

5. Arbeitslosigkeit bekämpfen und Investitionen fördern

Viele krisengeschüttelte Mitgliedstaaten sind weiterhin durch hohe Arbeitslosigkeit (insbesondere unter Jugendlichen) und niedrige Wachstumsraten gekennzeichnet. Die neue Europäische Kommission hat mit dem sog. „Juncker-Plan“ eine europäische Antwort auf die Investitionsschwäche gegeben. Die EU-Staaten sind nun gefordert, diesen Impuls mit nationalen Politiken zu unterstützen und zu verstetigen, um langfristig die notwendigen finanziellen Mittel für Infrastruktur, Innovation und Forschung bereitzustellen.

Hohe Arbeitslosigkeit gehört in vielen EU-Staaten weiterhin zum Alltag. Eine Jugendarbeitslosenquote von über 20% in der EU (über 40% in Spanien, Italien und Griechenland) dürfen wir nicht länger hinnehmen. Die neue EU-Kommission hat deshalb – gerade auch auf sozialdemokratische Initiative – die Schaffung von Wachstum, Beschäftigung und Förderung von Investitionen zu ihrer ersten Priorität erhoben.

Der zunächst auf 3 Jahre ausgelegte „Juncker-Plan“ sollte fortgeschrieben werden, um dauerhaft eine nachhaltige Investitionstätigkeit in allen Mitgliedstaaten sicherzustellen. Dafür muss der EU-Haushalt und die EIB mit den notwendigen Kapazitäten aus den nationalen Budgets ausgestattet werden. Nur so kann die Europäische Union die hohe Arbeitslosigkeit effektiv bekämpfen, durch zukunftsfähige Infrastruktur die Grundvoraussetzung für wirtschaftliches Wachstum in ganz Europa schaffen und im globalen Wettbewerb mit anderen Industrienationen und Schwellenländern bestehen.



6. BREXIT verhindern

Großbritannien muss Mitglied der EU bleiben. Wir werden in Verhandlungen die Prinzipien der Union wahren und dem Vereinigten Königreich in Einzelfragen entgegenkommen (müssen). Anzustreben ist eine Win-Win-Situation – ob das möglich ist, weiß zur Zeit niemand.

Bei der Diskussion gegen den BREXIT wandeln wir auf einem schmalen Grat, auf dem die Grundfreiheiten und die Demokratie unverzichtbare, nicht verhandelbare Wegmarkierungen und Leitplanken in der EU bleiben, und der zugleich in bestimmten Gesetzgebungsmaßnahmen Opt-Outs / Abweichungen möglich macht. Die konservative Regierung in Großbritannien hat sich in die Hände von Nationalisten und Europagegnern begeben, deren Erfolg solchen Kräften in anderen Mitgliedstaaten enormen Auftrieb verschaffen könnte (Frankreich, Skandinavien, Polen).

Deshalb müssen alle Lösungen mit dem Vereinigten Königreich nicht der Beginn von allgemeiner Desintegration, sondern das Ende spezieller Exklusion sein.

Im Referendumsprozess sollten auch SPD-Abgeordnete in Absprache mit der britischen Labour-Party auf der Insel für einen Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU werben.

Machen wir uns nichts vor, ein BREXIT wäre der schlimmste Rückschlag für den europäischen Einigungsprozess seit 1951 mit Folgen, die niemand absehen kann.

7. Parlamente vernetzen

Zur besseren Abstimmung der parlamentarischen Ebenen sollten das Europäische Parlament und die Volksvertretungen der Mitgliedstaaten jährlich eine gemeinsame Tagungswoche durchführen. Diese Form eines „EU-Gipfels der Parlamente“ würde zugleich eine neue Qualität repräsentativer Demokratie schaffen.

Die Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages mit dem EP und unsere Beziehungen zu den Volksvertretungen anderer Länder wollen wir intensivieren.

Die bisherigen Formen interparlamentarischer Zusammenarbeit von der COSAC bis zum Treffen gemäß Artikel 13 Fiskalvertrag haben sich sowohl von der Wirkung als auch der öffentlichen Wahrnehmung als völlig unzureichend erwiesen. Deshalb sollte es eine neue Form geben, die an alte Erfahrungen anknüpft: Der Präsident des Europäischen Parlaments und seine 28 Kolleginnen und Kollegen auf nationaler Ebene müssen „nur“ übereinkommen, eine Sitzungswoche im Jahr für einen Parlaments-Gipfel freizuhalten. Dieser könnte nach der Systematik der EP- bzw. der Bundestagswochen verlaufen:

- Sitzung der Parteilfamilien / Fraktion,
- Beratung zu verschiedenen Themenfeldern (Ausschuss-Format) und
- Debatten im Plenum zu bedeutenden Angelegenheiten.

Um eine Sitzverteilung zu gewährleisten, die der Repräsentativität der Parlamente und der Vielfalt der Parteien entspricht, sollte der Gipfel zu einem Drittel aus MdEPs (251) und zu zwei Dritteln aus Abgeordneten der Mitgliedstaaten (500) bestehen. Angestrebt wird ein höheres Maß an Zusammengehörigkeit, Verständnis und Verständigung bei wichtigen Themen, aber auch eine gewisse Verbindlichkeit für die Konsequenzen aus den Beratungen. Für all das müssten Verträge nicht geändert werden.



8. Erfolge sichern – SPE stärken

Die heute erreichten demokratischen Fortschritte sind die Basis der weiteren Parlamentarisierung der EU: Zur Europawahl 2019 müssen deshalb die Parteifamilien wieder mit Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten antreten.

Ein Erfolg wird der europäischen Sozialdemokratie nur gelingen, wenn wir die Bedeutung der SPE in der politischen Alltagsarbeit und die bilaterale wie gemeinschaftliche Aktionsfähigkeit kontinuierlich stärken.

Grundlegende politische Veränderungen sind innerhalb der bestehenden Verträge möglich: Demokratisierung durch Parlamentarisierung. Die Wahl des Kommissionspräsidenten erfolgte faktisch gegen den Willen zahlreicher Staats- und Regierungschefs, denen die Möglichkeit genommen wurde, eine Gipfelmehrheit gegen eine EP-Mehrheit zu organisieren. Entscheidend war, dass die veröffentlichte Meinung in den meisten Mitgliedstaaten diese Parlamentarisierung unterstützt hat. Auf dem Weg zu 2019 brauchen wir jetzt eine vertiefte Zusammenarbeit in der SPE und mit den einzelnen Parteien unserer politischen Familie, um den Weg mit erfolgreichen gemeinsamen Projekten zu pflastern. Dazu gehören verstärkte gegenseitige Besuche auf Parteitag und in den Fraktionen sowie Unterstützung in den verschiedenen Wahlkämpfen. Auch werden wir uns bei der Kandidatenfrage für die Besetzung des aus Deutschland kommenden Mitglieds der EU-Kommission aktiv einschalten.

Auf Initiative der SPD hat es sowohl 2009 als auch 2014 eine „Anhörung“ des designierten Kommissionsmitgliedes aus Deutschland im Europaausschuss gegeben. Zuletzt fand diese öffentlich statt. 2019 sollte der gesamte Bundestag die Möglichkeit haben, an dieser Aussprache teilzunehmen.

9. Konvent vorbereiten




Über grundlegende Veränderungen sollte bei der Europawahl 2019 entschieden werden. Nur dort können alle Bürger über die Programme der Parteien abstimmen: für oder gegen ein gemeinsames Europa. Da bis Ende 2017 in den meisten EU-Staaten die Parlamentswahlen stattgefunden haben, könnte ab diesem Zeitpunkt ein Konvent einberufen werden. Dieser setzt sich aus Abgeordneten der Mitgliedsländer und des EP sowie Vertretern der Kommission und der nationalen Regierungen zusammen. Seine zukunftsweisenden Reformvorschläge könnten im Jahre 2018 beraten und beschlossen werden. Eine Ratifizierung würde dann nach der Europawahl im Jahr 2019 erfolgen.

Alle Wahlen zum Europäischen Parlament bleiben etwas ganz Besonderes: Nirgendwo auf der Welt gibt es eine entsprechende supranationale Volksvertretung! 2019 wird es um eine Grundsatzentscheidung gehen. Vor allem Sozialdemokraten müssen um die Herzen kämpfen, um Stimmen zu gewinnen. Die Bürgerinnen und Bürger wollen wissen, wohin der europäische Weg geht, damit sie ihr Wahlrecht nutzen. Sie müssen immer auch einen Sinn in ihrer Abstimmungsbeteiligung sehen: Politik muss Probleme lösen. Bei der Krisenbewältigung haben wir zuerst über den Preis der Rettungsmaßnahmen diskutiert. Bis 2019 müssen wir vor allem über den Wert von gemeinsamer Freiheit, Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit diskutieren. Nur ein Drittel aller UNO-Staaten sind klassische Demokratien. Die meisten davon gehören zur Europäischen Union und alle basieren auf einem pluralen Parteiensystem.

Der wichtigste Erfolg sozialdemokratischer Politik in den letzten 150 Jahren war die schrittweise Realisierung der Vereinigung Europas. Gefordert hatten wir sie erstmals zur Reichstagswahl 1866 „... als Anfang eines solidarischen europäischen Staates“. Nur wenn wir wissen, wo wir herkommen, können wir selbstbewusst entscheiden, wo wir hingehen.

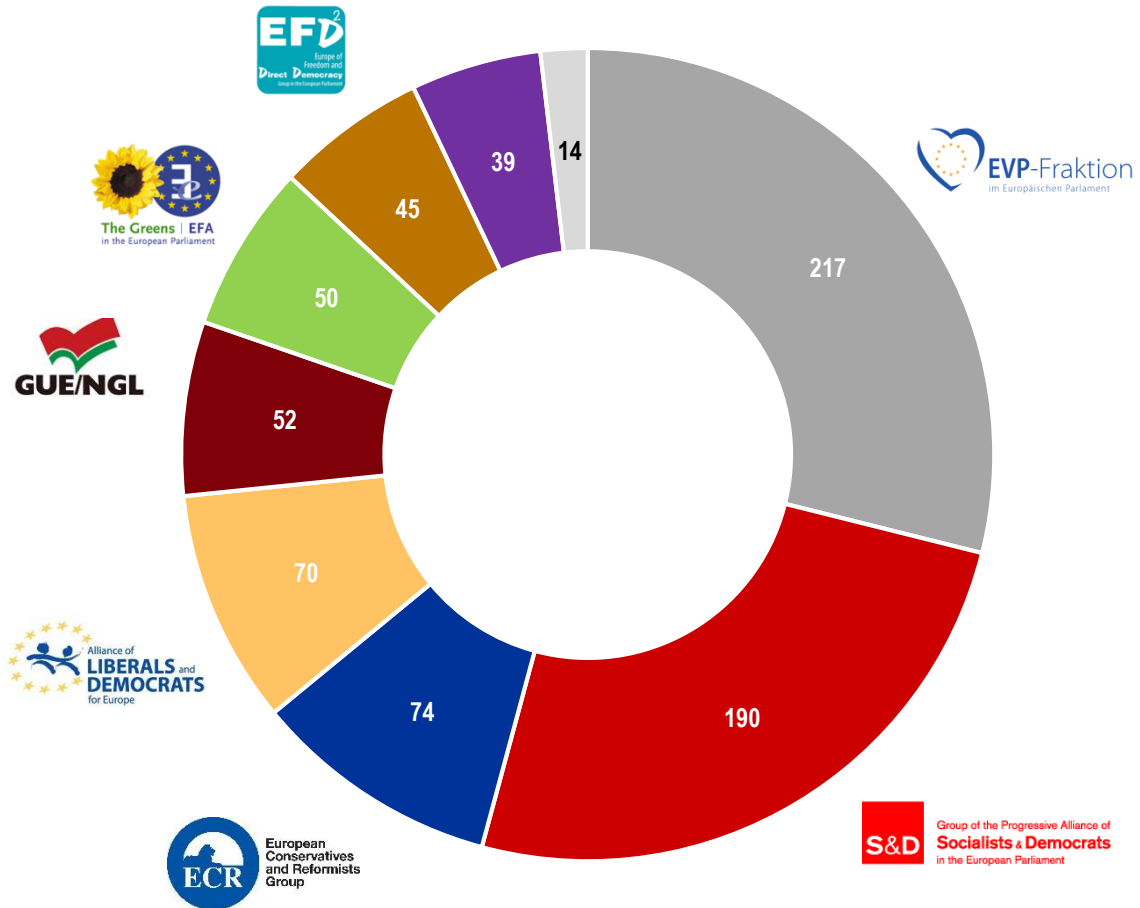


1: Mitgliedschaften der Europäischen Länder

			
	Belgien 01/1952	Deutschland 01/1952	Frankreich 01/1952
	Luxemburg 01/1952	Niederlande 01/1952	Italien 01/1952
	Großbritannien 01/1973	Dänemark 01/1973	Griechenland 01/1981
Kanada	Portugal 01/1986	Spanien 01/1986	Estland 05/2004
	Slowakei 05/2004	Slowenien 05/2004	Lettland 05/2004
USA	Polen 05/2004	Tschechien 05/2004	Litauen 05/2004
	Ungarn 05/2004	Bulgarien 01/2007	Rumänien 01/2007
	Island aB	Norwegen aB	Türkei V
	Schweiz aB	Liechtenstein	Montenegro V
	San Marino	Monaco	Bosnien-Herzegowina
	Andorra	Moldau öp	Ukraine öp
Russland	Georgien öp	Aserbaidshan öp	Armenien öp
			Albanien K
			Serbien V
			Mazedonien K
			Weißrussland öp
			Kosovo

- Mitglied EWR (31)
- Verhandlungen zum EU-Beitritt (V)
- Land Schengenraum (26)
- Mitglied der EU seit (28)
- Kandidatenstatus EU-Beitritt (K)
- aB ausgesetzter Beitritt
- Mitglied des Euro-Raumes (19)
- Östliche Partnerschaft (öp)
- Europarat (47)
- NATO (28)

2: Sitzverteilung im Europäischen Parlament



- EVP (Christdemokraten)
- S&D (Sozialdemokraten)
- EKR (Konservative mit AfD)
- ALDE (Liberales)
- GUE/NGL (Linke, Nordische Grüne)
- Grüne/EFA (Grüne / Freie Allianz)
- EFDD (EU-Skeptiker und Populisten)
- ENF (Rechtsextreme / Nationalisten)
- Fraktionslose

Stand: 31. Dezember 2015

3: Die EU-Kommission ab 2014

Legende: ■ EVP (Christdemokraten) ■ SPE (Sozialdemokraten) ■ ALDE (Liberales) ■ Konservative

<p>Jean Claude JUNCKER</p> <p><i>Präsident</i></p> <p> <i>Luxemburg</i></p>	<p>Frans TIMMERMANS</p> <p><i>1. Vizepräsident</i></p> <p> <i>Niederlande</i></p> <p>Bessere Rechtssetzung, interinstitutionelle Beziehungen, Rechtstaatlichkeit</p>	<p>Federica MOGHERINI</p> <p><i>Vizepräsidentin, Hohe Vertreterin</i></p> <p> <i>Italien</i></p> <p>Außen- und Sicherheitspolitik</p>		
<p>Kristalina GEORGIEVA</p> <p><i>Vizepräsidentin</i></p> <p> <i>Bulgarien</i></p> <p>Haushalt und Personal</p>	<p>Andrus ANSIP</p> <p><i>Vizepräsident</i></p> <p> <i>Estland</i></p> <p>Digitaler Binnenmarkt</p>	<p>Maroš ŠEFČOVIČ</p> <p><i>Vizepräsident</i></p> <p> <i>Slowakei</i></p> <p>Energieunion</p>	<p>Valdis DOMBROVSKIS</p> <p><i>Vizepräsident</i></p> <p> <i>Lettland</i></p> <p>Euro und sozialer Dialog</p>	<p>Jyrki KATAINEN</p> <p><i>Vizepräsident</i></p> <p> <i>Finnland</i></p> <p>Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit</p>
<p>Phil HOGAN</p> <p> <i>Irland</i></p> <p>Landwirtschaft und ländliche Entwicklung</p>	<p>Miguel Arias CANETE</p> <p> <i>Spanien</i></p> <p>Klimaschutz und Energie</p>	<p>Margrethe VESTAGER</p> <p> <i>Dänemark</i></p> <p>Wettbewerb</p>	<p>Günther OETTINGER</p> <p> <i>Deutschland</i></p> <p>Digitale Wirtschaft und Gesellschaft</p>	<p>Pierre MOSCOVICI</p> <p> <i>Frankreich</i></p> <p>Wirtschaft und Finanzen, Steuern und Zoll</p>
<p>Tibor NAVRACSICS</p> <p> <i>Ungarn</i></p> <p>Bildung, Kultur, Jugend und Sport</p>	<p>Marianne THYSSEN</p> <p> <i>Belgien</i></p> <p>Beschäftigung, Soziales, Qualifikation und Mobilität von Arbeitnehmern</p>	<p>Karmenu VELLA</p> <p> <i>Malta</i></p> <p>Umwelt, Maritime Angelegenheiten und Fischerei</p>	<p>Johannes HAHN</p> <p> <i>Österreich</i></p> <p>Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterung</p>	<p>Jonathan HILL</p> <p> <i>UK</i></p> <p>Finanzstabilität, Kapitalmarktunion</p>
<p>Vytis ANDRIUKAITIS</p> <p> <i>Litauen</i></p> <p>Gesundheit und Lebensmittelsicherheit</p>	<p>Christos STYLIANIDES</p> <p> <i>Zypern</i></p> <p>Humanitäre Hilfe und Krisenschutz</p>	<p>Elzbieta BIENKOWSKA</p> <p> <i>Polen</i></p> <p>Binnenmarkt, Industrie, KMU</p>	<p>Neven MIMICA</p> <p> <i>Kroatien</i></p> <p>Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung</p>	<p>Vera JOUROVÁ</p> <p> <i>Tschechien</i></p> <p>Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung</p>
<p>Dimitris AVRAMOPOULOS</p> <p> <i>Griechenland</i></p> <p>Migration, Inneres und Bürgerschaft</p>	<p>Corina CRETU</p> <p> <i>Rumänien</i></p> <p>Regionalpolitik</p>	<p>Carlos MOEDAS</p> <p> <i>Portugal</i></p> <p>Forschung, Wissenschaft und Innovation</p>	<p>Cecilia MALMSTRÖM</p> <p> <i>Schweden</i></p> <p>Handel</p>	<p>Violeta BULC</p> <p> <i>Slowenien</i></p> <p>Verkehr und Weltraum</p>

4: Sozialdemokratische Wahlergebnisse und Regierungschefs in Europa

STAAT	2000		2015		Δ Soz.	Reg.Chef Koalition
	2000	2000	2015	2015		
BELGIEN	Liberale Soz. 27,9%	Liberale Soz. 21,2%	Sozialdemok. Soz. 22,9%	Liberale Soz. 20,5%	▼ -7,4%	ALDE mit EVP
BULGARIEN	Sozialdemok. Soz. 31,0%	Christdemok. Soz. 17,7%	Sozialdemok. Soz. 26,6%	Christdemok. Soz. 15,4%	▼ -15,6%	EVP
DÄNEMARK	Liberale Soz. 25,8%	Liberale Soz. 25,5%	Sozialdemok. 24,8%	Liberale Soz. 26,3%	▲ +0,5%	ALDE
DEUTSCHLAND	Sozialdemok. Soz. 40,9%	Christdemok. Soz. 34,2%	Christdemok. Soz. 23,0%	Christdemok. Soz. 25,7%	▼ -15,2%	EVP mit SPE
ESTLAND	Christdemok. Soz. 7,0%	Liberale Soz. 10,6%	Christdemok. Soz. 17,1%	Liberale Soz. 15,2%	▲ +8,2%	ALDE mit SPE
FINNLAND	Liberale Soz. 24,5%	Liberale Soz. 21,4%	Christdemok. Soz. 19,1%	Liberale Soz. 16,5%	▼ -8,0%	ALDE mit EKR
FRANKREICH	Sozialdemok. Soz. 23,4%	Christdemok. Soz. 24,1%	Christdemok. Soz. 24,7%	Sozialdemok. Soz. 29,4%	▲ +6,0%	SPE
GRIECHENLAND	Christdemok. Soz. 13,1%	Christdemok. Soz. 12,2%	Linke Soz. 4,6%	Linke Soz. 6,3%	▼ -6,8%	GUE/NGL
IRLAND	Liberale Soz. 10,4%	Liberale Soz. 10,8%	Liberale Soz. 10,1%	Christdemok. Soz. 19,4%	▲ +9,0%	EVP mit SPE
ITALIEN	Christdemok. Soz. 16,5%	Sozialdemok. Soz. 31,2%	Christdemok. Soz. 33,1%	Sozialdemok. Soz. 29,5%	▲ +13,0%	SPE mit EVP
KROATIEN	Christdemok. Soz. 22,6%	Christdemok. Soz. 31,2%	Sozialdemok. Soz. 40,7%	Christdemok. Soz. 33,8%	▲ +11,2%	EVP
LETTLAND	Christdemok. Soz. 14,5%	Christdemok. Soz. 26,6%	Christdemok. Soz. 28,4%	Christdemok. Soz. 23,0%	▲ +8,5%	EVP mit ALDE



LITAUEN	Liberalen	Sozialdemok.	Christdemok.	Sozialdemok.			SPE
	Soz. 31,1%	Soz. 20,7%	Soz. 11,7%	Soz. 18,4%	▼ -12,7%		
LUXEMBURG	Christdemok.	Christdemok.	Christdemok.	Liberale			ALDE mit SPE und EFA
	Soz. 21,6%	Soz. 23,4%	Soz. 21,6%	Soz. 20,3%	▼ -1,3%		
MALTA	Christdemok.	Christdemok.	Christdemok.	Sozialdemok.			SPE
	Soz. 47,0%	Soz. 48,0%	Soz. 48,8%	Soz. 54,8%	▲ +7,8%		
NIEDERLANDE	Christdemok.	Christdemok.	Liberale	Liberale			ALDE mit SPE
	Soz. 27,2%	Soz. 21,2%	Soz. 19,6%	Soz. 24,8%	▼ -2,4%		
ÖSTERREICH	Christdemok.	Christdemok.	Sozialdemok.	Sozialdemok.			SPE mit EVP
	Soz. 36,5%	Soz. 35,3%	Soz. 29,3%	Soz. 26,8%	▼ -9,7%		
POLEN	Konservative	Christdemok.	Christdemok.	Konservative			EKR
	Soz. 11,3%	Soz. 13,2%	Soz. 8,2%	Soz. 7,6%	▼ -3,7%		
PORTUGAL	Sozialdemok.	Sozialdemok.	Christdemok.	Sozialdemok.			SPE
	Soz. 45,0%	Soz. 36,6%	Soz. 28,1%	Soz. 32,3%	▼ -12,7%		
RUMÄNIEN	Sozialdemok.	Christdemok.	Christdemok.	Sozialdemok.			SPE mit ALDE und EVP
	Soz. 36,6%	Soz. 36,6%	Soz. 33,1%	Soz. 58,6%	▲ +22,0%		
SCHWEDEN	Sozialdemok.	Christdemok.	Christdemok.	Sozialdemok.			SPE mit EFA
	Soz. 39,9%	Soz. 35,0%	Soz. 30,7%	Soz. 31,0%	▼ -8,9%		
SLOWAKEI	Christdemok.	Sozialdemok.	Christdemok.	Sozialdemok.			SPE
	Soz. 13,5%	Soz. 29,1%	Soz. 34,8%	Soz. 44,4%	▲ +30,9%		
SLOWENIEN	Christdemok.	Sozialdemok.	Christdemok. / Sozialdemok.	Liberale			ALDE
	Soz. 10,2%	Soz. 30,5%	Soz. 10,5%	Soz. 6,0%	▼ -4,2%		
SPANIEN	Sozialdemok.	Sozialdemok.	Christdemok.	offen			bislang keine neue Regierung
	Soz. 42,6%	Soz. 43,9%	Soz. 28,8%	Soz. 22,0%	▼ -20,6%		
TSCHECHIEN	Sozialdemok.	Konservative	Konservative	Sozialdemok.			SPE mit EVP
	Soz. 30,2%	Soz. 32,3%	Soz. 22,0%	Soz. 20,4%	▼ -9,8%		

UNGARN	Sozialdemok.	Sozialdemok.	Christdemok.	Christdemok.	▼ -16,0%	EVP
	Soz. 42,0%	Soz. 43,2%	Soz. 19,3%	Soz. 26,0%		
VEREINIGTES KÖNIGREICH	Sozialdemok.	Sozialdemok.	Konservative	Konservative	▼ -10,3%	EKR
	Soz. 40,7%	Soz. 35,2%	Soz. 29,0%	Soz. 30,4%		
ZYPERN	Christdemok.	Demokraten	Linke	Christdemok.	▼ -2,0%	EVP
	Soz. 8,1%	Soz. 6,5%	Soz. 8,9%	Soz. 6,1%		

Legende:

- Christdemokratisch geführte Regierung ■ Sozialdemokratisch geführte Regierung ■ Liberal geführte Regierung
- Konservativ geführte Regierung ■ Links geführte Regierung ■ Demokratische Gesamtbewegung (Zypern)

Dargestellt werden die letzten 4 Parlamentswahlen des jeweiligen Landes. Diese haben in unterschiedlichen Jahren seit 2000 stattgefunden.

▲ Soz.: Veränderung des sozialdemokratischen Ergebnisses von der letzten Wahl zur viertletzten Wahl.

- Seit Beginn des 21. Jahrhunderts haben die Parteien der SPE in den 28 EU-Mitgliedstaaten unterschiedliche Entwicklungen genommen. Jedoch zeigt sich, dass in 17 Ländern die Sozialdemokraten in den zurückliegenden vier Wahlen teils deutliche Verluste (▼) hinnehmen mussten, während sie in nur elf Staaten ihre Wahlergebnisse in diesem Zeitraum verbessern (▲) konnten.
- Seit ihrem Höhepunkt um die Jahrtausendwende ging die Zahl sozialdemokratischer Regierungschefs bis Ende der 2000er Jahre dramatisch zurück. So wurde im Jahr 2011 keines der „großen“ – EU-Länder Deutschland (Merkel), Frankreich (Sarkozy), Italien (Berlusconi), Spanien (Rajoy), Polen (Tusk), Großbritannien (Cameron) – von Mitgliedsparteien der SPE regiert.
- Mit den Wahlsiegen in Frankreich (Hollande) und Italien (Renzi) können die sozialdemokratischen Parteien im Jahr 2015 wieder zehn Regierungschefs stellen und sind weiterhin an fünf Koalitionen beteiligt. Demgegenüber stehen sieben christdemokratische und sieben liberale Ministerpräsidenten sowie zwei konservative und ein linker Regierungschef.
- Lagen um 2000 die Sozialdemokratischen Parteien im Durchschnitt aller Länder bei knapp 30 Prozent der Wählerschaft, so ist dieser Anteil auf nunmehr etwa 25 Prozent gesunken, also ein Sechstel.

5: EU-Ratspräsidentschaften und Wahlen

STAAT	HALBJAHR	EUROPÄISCHE WAHLEN	LANDTAGSWAHLEN
NIEDERLANDE	01 / 2016	Irland (5) Zypern (5) Slowakei (4)	Rheinland-Pfalz (5) (13. März) Sachsen-Anhalt (5) (13. März) Baden-Württemberg (5) (13. März)
SLOWAKEI	02 / 2016	Niederlande (4) Litauen (4) Rumänien (4)	Mecklenburg-Vorp. (5) (4. Sep.) Berlin (5) (18. Sep.)
MALTA	01 / 2017	Frankreich (5) Bulgarien (4)	Saarland (5) Schleswig-Holstein (5) Nordrhein-Westfalen (5)
VEREINIGTES KÖNIGREICH	02 / 2017	Tschechien (4) Deutschland (4)	
ESTLAND	01 / 2018	Malta (5) Ungarn (4) Belgien (4) Italien (5)	Niedersachsen (5)
BULGARIEN	02 / 2018	Slowenien (4) Luxemburg (5) Österreich (5) Schweden (4) Lettland (4)	Bayern (5) Hessen (5)
ÖSTERREICH	01 / 2019	Europäisches Parlament (5) Estland (4) Finnland (4) Dänemark (4)	Bremen (4)
RUMÄNIEN	02 / 2019	Griechenland (4) Portugal (4) Kroatien (4) Spanien (4) Polen (4)	Sachsen (5) Thüringen (5) Brandenburg (5)
Finnland	01 / 2020	Slowakei (4) Großbritannien (5)	Hamburg (5)
Deutschland	02 / 2020	Niederlande (4) Litauen (4) Rumänien (4)	

6: Europaverantwortliche der A-Länder

BUNDESLAND	EUROPAMINISTER/IN – STAATSEKRETÄR/IN
BADEN-WÜRTTEMBERG	Peter FRIEDRICH (SPD) <i>Europaminister und Bevollmächtigter beim Bund</i>
BERLIN	Hella DUNGER-LÖPER (SPD) <i>Staatssekretärin und Bevollmächtigte beim Bund</i>
BREMEN	Ulrike HILLER (SPD) <i>Staatsrätin und Bevollmächtigte beim Bund</i>
BRANDENBURG	Dr. Helmuth MARKOV (DIE LINKE) <i>Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz</i> Anne QUART (DIE LINKE) <i>Staatssekretärin für Europa und Verbraucherschutz</i>
HAMBURG	Wolfgang SCHMIDT (SPD) <i>Staatsrat und Bevollmächtigter beim Bund</i>
MECKLENBURG-VORPOMMERN	Dr. Pirko Kristin ZINNOW (SPD) <i>Staatssekretärin und Bevollmächtigte beim Bund</i>
NIEDERSACHSEN	Birgit HONÉ (SPD) <i>Europa-Staatssekretärin</i>
NORDRHEIN-WESTFALEN	Franz-Josef LERSCH-MENSE (SPD) <i>Chef der Staatskanzlei, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien</i> Dr. Marc Jan EUMANN (SPD) <i>Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien</i>
RHEINLAND-PFALZ	Heike RAAB (SPD) <i>Staatssekretärin und Bevollmächtigte beim Bund</i>
SACHSEN-ANHALT	Thomas Wunsch (SPD)* <i>Staatssekretär im Ministerium für Justiz und Gleichstellung</i>
SCHLESWIG-HOLSTEIN	Anke SPOORENDONK (SSW) <i>Ministerin für Justiz, Kultur und Europa</i> Ralph MÜLLER-BECK (SPD) <i>Staatssekretär und Bevollmächtigter beim Bund</i>
THÜRINGEN	Prof. Dr. Benjamin-Immanuel HOFF (DIE LINKE) <i>Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten</i> Dr. Babette WINTER (SPD) <i>Staatssekretärin für Europa und Kultur</i>

* Ansprechpartner in der GroKo